

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Wegungspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Bernspracher: Weichsäckerstr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2466 — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einrechnung 1 RZL. Grundlegung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Streifen-gehalte. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Baublags-Beilage, Ziehungslisten der Staatslotterieverwaltung, Holzplanzen-Verkaufslisten der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 210

Dresden, Dienstag, 9. September

1930

Keine Umschuldungsanleihebemühung der Reichsregierung.

Berlin, 9. September.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, ist es nicht richtig, daß die Reichsregierung über irgendeine Stelle im Auftrage der Reichsregierung oder mit deren Wissen sich bei französischen Kapitalisten oder an sonstigen französischen Stellen um eine Umschuldungsanleihe oder eine sonstige Anleihe bemüht oder über eine solche irgendwie verhandelt hat. Damit entfallen auch alle Vermutungen über außerpolitische Verhandlungen, die mit einer solchen Finanztransaktion in Zusammenhang stehen.

Gesetzentwurf zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

Berlin, 9. September.

Vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitete, jetzt der Öffentlichkeit vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 steht im wesentlichen folgendes vor:

1. eine Klarstellung, daß die Aufsichtsbehörde allein und mit bindender Wirkung auch für andere Behörden und Gerichte zu entscheiden hat, ob eine Unternehmung im Sinne des Gesetzes aufzuzuschließen ist;
 2. eine idiosynkratische Pflichtenrevision der größeren Versicherungsunternehmen;
 3. den Ausbau des gegenwärtigen Rechts der Aufsichtsbehörden, Revisionen vorzunehmen, zu einer Pflicht;
 4. die Schaffung eines besonderen Treuhänders für die Anlegung und Aufrechterhaltung des Prämienreservefonds;
 5. eine Verschärfung der Bestimmungen, die die Art der Anlegung des Prämienreservefonds regeln, und zwar in der Richtung einer Festhaltung der Unternehmungen von spekulativen Anlagen;
 6. zur Vermeidung von Zweifeln die Schaffung eines Rechts der Aufsichtsbehörde, den Versicherungsunternehmen die gefährdete Beteiligung an versicherungsfremden Unternehmungen zu untersagen oder nur unter Bedingungen zu gestatten;
 7. die Schaffung eines gewissen Vorkaufsrechts der Versicherer im Konkursfall.
- Im der ausführlichen Begründung zu dem Gesetzentwurf steht es u. a., daß die auch im Versicherungswesen fortwährende Konzentrationsbewegung eine Anpassung des Gesetzes an diese Wirtschaftsentwicklung nahelege.

Beginn der 31. internationalen Luftfahrerkonferenz.

Osaka, 9. September.

Vom 8. bis 10. September findet hier die 31. internationale Luftfahrerkonferenz statt, an der Vertreter Belgiens, Deutschlands, des Saargebietes, Frankreichs, Hollands, der Schweiz und der Tschechoslowakei teilnehmen. Diese Konferenz, die alljährlich zweimal abgehalten wird, wird Maßnahmen über Sicherheit und Regelmäßigkeit im Flugverkehr auf den regelmäßigen Luftlinien der verschiedenen Länder behandeln.

Die Konferenz hat nicht mit dem kürzlich abgehaltenen internationalen Luftfahrerkongress zu tun. Es handelt sich hier nur um interne Fragen, die von den leitenden Persönlichkeiten der Luftfahrt untereinander besprochen und über die an die Presse keine Mitteilungen abgegeben werden.

Eröffnung der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz in Brüssel.

Brüssel, 9. September.

Die 16. Vollversammlung der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz hat gestern nachmittags in Anwesenheit des Prinzen Leopold ihre erste Sitzung im Senat abgehalten. Prinz Leopold hieß im Namen des Königs die Konferenz willkommen, betonte die Bedeutung der Anfang dieses Jahres in Genf abgehaltenen Internationalen Handelskonferenz, die die wirtschaftliche Annäherung der Völker bezweckte, und wies auf die Wichtigkeit des Programms der gegenwärtigen Konferenz hin.

Die Besprechung über die europäische Union.

Die Frage wird dem Völkerbund unterbreitet.

Genf, 9. September.

Die Besprechung über die europäischen Einigungsbestrebungen, die auf Einladung der französischen Regierung unter Teilnahme von Vertretern von 27 europäischen Staaten im Gebäude des Völkerbundessekretariats stattfand, begann gestern nachmittags um 4 Uhr und war um 7,30 Uhr zu Ende. Von den teilnehmenden Staaten waren drei durch ihre Ministerpräsidenten vertreten, nämlich Österreich, Griechenland und Letland. Folgende Staaten hatten ihre Außenminister entsandt: Tschechien, Belgien, England, Bulgarien, Dänemark, Island, Finnland, Frankreich, Italien, Norwegen, Holland, Polen, Schweden, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Der französische Außenminister Briand erläuterte an Hand des der Konferenz vorgelegten Weißbuchs die auf das Memorandum der französischen Regierung eingegangenen Antworten und legte die Gesichtspunkte für die weitere Behandlung der Frage dar. An die Ausführungen Briands schloß sich eine eingehende Diskussion an, in welcher der englische Außenminister Henderson verschiedene von der französischen Auffassung abweichende Gesichtspunkte hervorhob. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, worin die weitere Behandlung der Frage der Vollversammlung des Völkerbundes überwiesen wird.

Die wesentlichen Sätze der Entschließung lauten:

Die Vertreter der europäischen Regierungen nehmen Kenntnis von dem Ergebnis der Umfrage zur Schaffung einer europäischen Union. Sie sind überzeugt, daß eine enge Zusammenarbeit der europäischen Völker auf allen Gebieten des internationalen Lebens für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt von grundlegender Bedeutung ist. Sie sind einmütig in der Auffassung, daß diese Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste der Grundzüge des Völkerbündnisses erfolgen soll. Der französische Außenminister Briand wird der Vollversammlung diese Entschließung unterbreiten.

Die französische Analyse der Antworten auf das Europamemorandum.

Die Zusammenstellung der einzelnen Antworten der Regierungen auf das europäische Memorandum ist insofern bemerkenswert, als sie zahlreiche wichtige Präzisionen des französischen Standpunktes und interessante Auseinandersetzungen mit den Argumenten einzelner Regierungen enthält. Im ersten Teil der Analyse, der sich mit den grundsätzlichen Fragen beschäftigt, wird festgestellt, daß die Notwendigkeit einer Koordinierung in Europa von allen besagten Regierungen anerkannt wird.

In diesem Zusammenhang wird auch der deutsche Hinweis auf die Revision der Verträge als Gegenstand der europäischen Status gebracht. Die deutsche

Regierung geht sogar soweit, darauf hinzuweisen, daß die Struktur Europas nach ihrer Ansicht tiefergehende Veränderungen erfordert, und sie ist der Auffassung, daß die allgemeine Organisation des Kontinents in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine den natürlichen Lebensbedingungen der Völker entsprechende Entwicklung behindert.

Der zweite Teil betrifft die Einfügung der europäischen Organisation in den Rahmen des Völkerbundes. Die französische Regierung stellt fest, daß in allen Antworten zum Ausdruck kommt, daß die übertragene Stellung des Völkerbundes bewahrt, sein Tätigkeitsgebiet nicht eingeschränkt und seine Universalität nicht angetastet werden dürfe. Unter den Vorbehalten wird auch die Befürchtung der deutschen Regierung erwähnt, daß sich eine Isolierung Europas abzeichnen könne, die die Bildung anderer Gruppen innerhalb des Völkerbundes zur Folge haben könnte.

An dritter Stelle wird die von verschiedenen Staaten aufgeworfene Frage der Heranziehung außereuropäischer oder nicht zum Völkerbund gehörender Staaten erörtert. Die französische Regierung stellt fest, daß auch darüber keine grundsätzlichen Beschlüsse gefaßt werden können. Es wird hingewiesen, daß die meisten Ansichten in dieser Hinsicht ihre Hauptbegründung in wirtschaftlichen Erwägungen zu suchen schienen. Die Union sei aber diesem genug gedacht, um auch in dieser Hinsicht die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Der letzte grundsätzliche Punkt betrifft die Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten. Es wird bemerkt, daß jeder Gedanke einer politischen Herrschaft ausgeschlossen sei, und daß die Staaten in die Vereinigung nur eintreten würden, um dort — wie im Völkerbund, unter dessen Kontrolle sich die Vereinigung stelle — unbedingt gleiche Rechte auszuüben. Wegen dieser Auffassung sei kein Einwand erhoben worden.

Arbeiten der 32. Tagung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes im Juni 1930.

Berichtete Reichsaußenminister Dr. Curtius. Der Bericht, der u. a. die Frage der Aufhebung der Schutzzölle, insbesondere des Alkoholzollschutzes, sowie des Walfischzollschutzes behandelt, wurde angenommen. Auf Antrag von Dr. Curtius wurde beschlossen, die von den Vertretern Kanadas, Finnlands und Perus dazu gegebenen Anregungen mit dem von ihm erstatteten Bericht an die Regierungen weiterzugeben.

Ohne Aussprache wurde dann weiter der Bericht über die Wechsel- und Scheckrechtskonferenz, den gleichfalls Dr. Curtius erstattete, angenommen.

Nachdem der Rat noch den Vorschlag der finnischen Regierung, dem Haager Gerichtshof den Charakter einer Berufungsinstanz bei internationalen Schiedsprüchen zu verleihen, an die Vollversammlung weiterzuleiten beschlossen hatte, wurden die Beratungen vertagt.

Unterredung über die Zurückziehung des Bahnschutzes im Saargebiet.

Genf, 9. September.

Wie wir erfahren, wird heute vormittag eine erste Besprechung zwischen Dr. Curtius und dem französischen Außenminister Briand stattfinden. Die Begegnung trägt privaten Charakter; doch ist anzunehmen, daß zwischen den beiden Ministern eine Reihe von politischen Fragen besprochen werden, darunter auch die Frage der Zurückziehung des Bahnschutzes im Saargebiet.

Wie bei den früheren Völkerbundtagungen meist auch diesmal eine Abordnung von Vertretern der politischen Parteien des Saargebietes hier. Der Abordnung gehören wie früher u. a. an Kommerzienrat Röschling, die Landesratsmitglieder Schmeizer und Leuchter und Gewerkschaftsführer Kiefer.

Erklärungen des Reichsaußenministers vor der Weltpresse.

Genf, 9. September.

Reichsaußenminister Dr. Curtius empfing gestern abend die Vertreter der Weltpresse. Er betonte, daß die deutsche Regierung von Anfang an eine positive Stellung zu dem Gedanken einer europäischen Kooperation eingenommen habe und daß ihre kontinuierlich besorgte Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Förderung des Friedens von jeder künftigen Regierung werde fortgesetzt werden müssen. Es sei das Verdienst Briands, den Europagedanken aus der Späthe der privaten Propaganda in den Bereich verantwortlicher Regierungsvorhaben zu haben. Damit sei der Weg einer zwar langsamen, aber organischen Entwicklung vorgezeichnet.

Eröffnung der 60. Tagung des Völkerbundesrates.

Genf, 9. September.

Der Völkerbundrat hat gestern vormittag seine 60. Tagung mit der üblichen nichtöffentlichen Sitzung begonnen, in der er seine vorläufige Tagesordnung billigte und sich mit internen Budget- und Personalfragen beschäftigte.

Die erste öffentliche Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Zumeta (Venezuela) eröffnet. In der Zusammenkunft des Rates sind einige Änderungen eingetreten. Japan ist durch den Pariser Gesandten Jōshigawa, Kanada durch den Minister Borden vertreten. Der finnische Außenminister Procopé erstattete den

Palästinabericht

der Mandatskommission. In der Entschließung, die Procopé dem Rat zur Annahme vorschlug, wird die englische Regierung ersucht, zur Wiederherstellung des Friedens in Palästina Maßnahmen gemäß den Vorschlägen und Anregungen der Mandatskommission zu ergreifen. Der englische Außenminister Henderson erklärte sich mit dem Bericht Procopés einverstanden und bestätigte, daß kein allgemeines Verbot der jüdischen Einwanderung nach Palästina erlassen, sondern lediglich eine vorübergehende Beschränkung der Einwanderung aus politischen Gründen angeordnet gewesen sei. Henderson billigte den von Procopé vorgelegten Entschließungsentwurf und ländigte an, daß die englische Regierung nach Prüfung des Berichtes des nach Palästina entsandten Sachverständigen Simpson eine ausführliche Erklärung über ihre Absichten hinsichtlich der künftigen in Palästina zu befolgenden Politik ausarbeiten und den Mitgliedern des Völkerbundesrates übermitteln werde.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurden die Arbeiten des Komitees zur

Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels

erörtert, über die der perische Delegierte Bericht erstattete. Seine Ausführungen wurden ohne weitere Aussprache genehmigt, nachdem sowohl der Berichterstatter als auch der Vertreter Japans in